

Zum Ergebnis der Europa-Wahl und den Reaktionen Europas auf die Finanzkrise

## Europa nimmt Schwung

Hans-Gert Pöttering

Vom 4. bis zum 7. Juni 2009 waren die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union zum siebten Mal aufgerufen, das Europäische Parlament direkt zu wählen. 43,1 Prozent der circa 375 Millionen Wahlberechtigten haben ihre Stimme abgegeben – mit 43,3 Prozent Wahlbeteiligung liegt Deutschland knapp über dem europäischen Durchschnitt. Die geringe Beteiligung an der Wahl – in Europa ein Rekordtief, in Deutschland eine minimale Steigerung zu 2004 – hat deutlich gemacht, dass die Menschen in der Europäischen Union die Arbeit des Europäischen Parlaments für ihren Alltag als nicht hinreichend bedeutend wahrnehmen.

Der deutsche Europawahlkampf war davon geprägt, den Bürgerinnen und Bürgern die Vorteile der europäischen Einigung näherzubringen, und spitzte sich nur an einigen Stellen, wie zum Beispiel der Frage des Türkei-Beitritts in die Europäische Union, zu. Es war für die Unionsparteien sehr wichtig, mit einem proeuropäischen Programm den Wahlkampf zu bestreiten.

Im Ergebnis war die Wahl ein großer Erfolg für die Europäische Volkspartei (EVP) und für die Unionsparteien, die mit 42 Mandaten die größte Delegation in der EVP-Fraktion stellen. Insgesamt zeigt das Ergebnis der Europawahl auf der politischen Skala eine deutliche Bewegung zur Mitte, nach Mitte-rechts und rechts. Die EVP-Parteien waren vor allem in den größeren Mitgliedstaaten wie Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Ungarn und Spanien die eindeutigen Wahlsieger.

Auch in Belgien, der Tschechischen Republik, Österreich, Slowenien, Bulgarien und Zypern haben die Parteien der Mitte und von Mitte-rechts zugelegt beziehungsweise waren klarer Sieger der Wahl. Damit wird die EVP die stärkste Fraktion im neu gewählten Europäischen Parlament sein, und dies zum dritten Mal in Folge.

### Gewinner und Verlierer

Von den 736 Abgeordneten werden 264 der EVP-Fraktion angehören. Damit bleibt sie die mit Abstand treibende und mächtigste politische Kraft im Europäischen Parlament. Diese Zahl ist besonders deshalb so bemerkenswert, da sowohl die britischen Konservativen als auch die tschechische Demokratische Bürgerpartei (Občanská demokratická strana, ODS) nicht mehr Teil der Fraktion sein werden. Das gute Wahlergebnis macht die Austritte der beiden Parteien für die EVP-Fraktion mehr als erträglich. Mit dem Abgang der britischen Konservativen hat die Partei aber an Einigkeit in institutionellen Fragen gewonnen. Die Fraktion wird alles daransetzen, dass der Lissabonner Vertrag so bald wie möglich in Kraft tritt, spätestens Anfang des Jahres 2010.

Die Verlierer der Wahlen sind eindeutig die Sozialdemokraten / Sozialisten in der Europäischen Union; nach Beitritt der italienischen Partito Democratico nennt sich die Fraktion jetzt „Progressive Allianz von Sozialisten und Demokraten“, PASD, mit 183 Abgeordneten.

Konnte die SPD in Deutschland ihr (schlechtes) Ergebnis von 2004 noch verteidigen, haben ihre Partnerparteien teilweise dramatisch verloren: In fast allen Ländern haben die Sozialisten starke Einbußen erlitten. Damit liegt die sozialistische Fraktion eindeutig hinter der EVP-Fraktion.

Die liberale Fraktion hat 1,8 Prozentpunkte verloren und liegt jetzt bei 10,9 Prozent und achtzig Sitzen, die Grünen-Fraktion hat hingegen 1,7 Prozentpunkte hinzugewonnen, und mit 7,2 Prozent stellt sie 53 Abgeordnete. Auch die Europäische Linke hat 0,9 Prozent eingebüßt und stellt jetzt 32 Abgeordnete.

Die britischen Konservativen (26 Abgeordnete) gemeinsam mit Abgeordneten der polnischen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (fünfzehn Abgeordnete) und der tschechischen ODS (neun Abgeordnete) werden eine neue Fraktion, die European Conservatives and Reformists Group, bilden, der voraussichtlich fünf weitere Abgeordnete aus den Niederlanden, Belgien, Finnland, Ungarn und Lettland angehören. Die neue Fraktion schafft es damit knapp, die Bedingung zur Fraktionsbildung im Europäischen Parlament zu erfüllen, nämlich dass eine Fraktion Abgeordnete aus mindestens sieben Mitgliedstaaten haben muss. Die Abgeordneten der drei wichtigsten Parteien in dieser Gruppierung vertreten in vielen politischen Fragen sehr unterschiedliche Positionen, so etwa in der Frage des Protektionismus und der freien Marktwirtschaft, in der britische Konservative und ODS einerseits und die Parteien aus Polen und Lettland andererseits sich gegenüberstehen, sind aber auch unterschiedlicher Meinung zum Vertrag von Lissabon.

Die Rechte (extreme Rechte, Nationalisten, Anti-Immigration et cetera) sowie die euroskeptischen Parteien haben jeweils leicht dazugewonnen: Sie stiegen von 5,2 Prozent auf 7,2 Prozent bezie-

ungsweise von 8,0 Prozent auf 9,5 Prozent, ohne dass sich hierdurch jedoch die Kräfteverhältnisse wesentlich verschieben würden.

Da wie auch bisher keine Fraktion allein die absolute Mehrheit hat, die für wichtige Entscheidungen des Parlaments gerade auch in der Gesetzgebung erforderlich ist, stellt sich die Frage, welche Abstimmungscoalitionen sich aus dieser Zusammensetzung ergeben können.

### Mögliche Abstimmungscoalitionen

Zunächst kann man feststellen, dass die proeuropäischen Parteien (die sich für den Lissabon-Vertrag aussprechen), das heißt EVP, PASD, Liberale und Grüne, mit nahezu achtzig Prozent der Abgeordneten eine sehr solide Mehrheit haben. Weiterhin werden Abstimmungen, bei denen sich EVP und Sozialisten auf einen Kompromiss einigen, mit nahezu sechzig Prozent der Stimmen des Parlaments durchsetzungsfähig sein. Wesentlich knapper ist demgegenüber eine Abstimmungsmehrheit von etwa 54 Prozent, bestehend aus EVP, Liberalen und der European Conservatives and Reformists Group. Die Linke, bestehend aus Sozialisten, Liberalen, Grünen und der Europäischen Linken (Kommunisten), würde mit 47 Prozent der Stimmen nicht die absolute Mehrheit erreichen können. Die Suche nach Kompromissen, insbesondere mit der sozialistischen Fraktion (PASD), wird für die EVP daher auch im neuen Parlament eine vorrangige politische Aufgabe bleiben müssen.

### Libertas scheitert

Einen Erfolg in dieser Europawahl haben darüber hinaus auch die Frauen errungen. Ihr Anteil erreicht erstmals 35 Prozent gegenüber 30,3 Prozent im Jahr 2004 und 29,9 Prozent im Jahr 1999.

Ein gutes Zeichen für die Demokratie und den Vertrag von Lissabon ist, dass die Libertas-Bewegung, die vom irischen

Euroskeptiker Declan Ganley gegründet wurde und unter deren Namen Personen aus vierzehn Ländern kandidierten, nur in Frankreich ein Mandat erhalten hat: Die Koalition von Mouvement pour la France (MPF) und CPNT (Chasse Pêche Nature et Traditions) hat mit einem Sitz (statt drei in der letzten Legislaturperiode) das einzige Mandat unter dem Namen Libertas.

Dies ist eine klare Abfuhr an die Libertas-Bewegung: Declan Ganley selbst wurde nicht gewählt, und mit dem für Libertas enttäuschenden Wahlergebnis (die Libertas hat weder in der tschechischen Republik – trotz des Einsatzes von Präsident Václav Klaus – noch in Polen oder Lettland ein Mandat erhalten) scheitert der Versuch, eine europaweite euroskeptische Bewegung ins Leben zu rufen.

Ganley wird daher auch nicht, wie er selbst erklärte, beim nächsten Referendum zum Vertrag von Lissabon aktiv in die Kampagne eintreten. Er hatte dies von seiner Wahl in das Europäische Parlament abhängig gemacht. Damit ist zu hoffen, dass vor dem Referendum eine sachbezogene und auf Wahrheit beruhende Diskussion in Irland geführt wird.

### **Führung durch EVP**

Das Europäische Parlament wird in der Legislaturperiode von 2009 bis 2014 also von einer starken EVP-Fraktion geführt werden. Man muss nun alles daransetzen, dass die Rechten und Rechtsextremen im Europäischen Parlament das Ansehen des Parlaments nicht schädigen und ihre Politik nicht umsetzen können.

Das deutsche Ergebnis der CDU und der CSU untermauert den Anspruch der CDU, den nächsten deutschen Kommissar nach einer Pause von zwanzig Jahren zu stellen, und zeigt, dass die Union mit ihrem Eintreten für die gemeinsamen Werte Würde des Menschen, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsordnung bei den Menschen in Deutschland ankommt.

Die Wahlbeteiligung von 43,3 Prozent ist natürlich nach wie vor enttäuschend. Für alle politischen Instanzen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene bedeutet es eine große Herausforderung, mit Blick auf die nächsten Wahlen 2014 auf eine höhere Wahlbeteiligung hinzuwirken.

### **Verantwortung der Medien**

Vom Europäischen Parlament gefasste Beschlüsse, gerade auch in der europäischen Gesetzgebung, haben Konsequenzen für den Alltag aller fünfhundert Millionen Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Daher sind alle, die im öffentlichen Leben stehen und bestrebt sind, den Zustand der Demokratie zu verbessern, dafür verantwortlich, sich für eine Verbesserung der Wahlbeteiligung auf allen Ebenen einzusetzen.

Dabei können auch die Medien eine entscheidende Rolle spielen, wenn sie kontinuierlich und umfassend über die Tätigkeit des Europäischen Parlaments berichten. Das Parlament wird in den nächsten fünf Jahren Gesetze verabschieden, um eine bessere Regulierung des Bankensektors durchzusetzen und den Klimawandel entschlossen zu bekämpfen. Abgeordnete können nur über die Medien die Bedeutung der Beschlüsse des Europäischen Parlaments für das Alltagsleben der Bürger vermitteln. Während des Wahlkampfes haben die Medien in den meisten Ländern gezeigt, dass es sich lohnt, sich mit der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament zu beschäftigen. Dies fortzusetzen ist Bitte und Aufforderung an die Medien zugleich.

### **Europäischen Mehrwert vermitteln**

Angesichts der großen vor allen Europäern stehenden Herausforderungen liegt es aber vor allem an den neu gewählten Abgeordneten, zum Beispiel durch Entscheidungen zur Bewältigung der Wirt-

schafts- und Finanzkrise, der Bekämpfung des Klimawandels oder bei den Bemühungen für mehr Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger den europäischen Mehrwert deutlich zu machen.

Entscheidend ist, dass die Parteienfamilien, die die europäische Einigung maßgeblich geprägt haben und auch heute gestalten, gemeinsam mit allen proeuropäischen Kräften eng zusammenarbeiten, um die Europäische Union im Zeitalter der Globalisierung zu stärken und die gemeinsamen europäischen Werte zu verteidigen.

Mit der Abgabe ihrer Stimme bei den Wahlen zum europäischen Parlament haben die Bürgerinnen und Bürger die bisherige Politik der EVP im Europäischen Parlament, gerade in den Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise, unterstützt. Eine starke christdemokratische Kraft im Europäischen Parlament war in den vergangenen Monaten wichtig für einen vernünftigen Umgang mit den außerordentlichen Herausforderungen, vor die die internationale Finanzkrise alle Europäer gestellt hat.

## Finanzordnung für die Freiheit

Wenn man heute eine Chance sieht, die internationale Finanzkrise zu bewältigen, dann weil die Europäische Union mit Entschlossenheit eine globale Vorreiterrolle übernommen hat. Der Durchbruch auf dem Weg zu einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit und einer Reform der internationalen Finanzinstitutionen, der beim G20-Treffen in Washington am 15. November 2008 erreicht wurde, ist nicht unwesentlich auf den in der Europäischen Union entwickelten koordinierten Ansatz zurückzuführen.

So sehr diese Reformen auf internationaler Ebene wichtig sind, so wenig durften und dürfen die Europäer deswegen aber ihre eigenen Hausaufgaben aufschieben, müssen konsequent weiter den europäischen Rechtsrahmen anpas-

sen; man darf sich nicht weiter hinter nationalen Vorbehalten verstecken. Entscheidend ist, den richtigen Ordnungsrahmen für die Aufsicht der Finanzmärkte in einem einheitlichen europäischen Binnenmarkt zu schaffen. Dabei müssen die klaren Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft berücksichtigt werden: Freiheit benötigt Ordnung!

Die Staats- und Regierungschefs, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission müssen nun denselben Mut haben wie bei der Einführung der Währungsunion. Sie müssen jetzt einen entschlossenen Schritt zu einem europäischen Ordnungsrahmen für die Aufsicht gehen, in dem alle Mitgliedstaaten nach dem Vorbild des Europäischen Zentralbanksystems gleichberechtigt vertreten sind und der die Bürger wirksam schützen kann.

Die entsprechende Arbeit der Larosière-Gruppe muss – das erwartet das Europäische Parlament – schnell umgesetzt werden. Darüber hinaus sollten der rechtliche Status und die Befugnisse der drei im Rahmen des Lamfalussy-Prozesses gegründeten Ausschüsse zur Wertpapierregulierung, zur europäischen Bankenaufsicht und zur Aufsicht für das Versicherungswesen im Mitentscheidungsverfahren und nicht allein auf Basis einer Entscheidung der Kommission verankert werden. Dies würde gleichzeitig die Unabhängigkeit dieser Ausschüsse und die Aufsicht des Europäischen Parlaments gewährleisten.

## Vertrauen in die Märkte

Angesichts der budgetären beziehungsweise Währungsschwierigkeiten mancher Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat die gemeinsame Währung, der Euro, über den Euro-Raum hinaus eine große Anziehungskraft entfaltet. Mit Blick auf eine mögliche Erweiterung der Eurozone bleibt aber die Einhaltung der Stabilitätskriterien eine vorrangige Auf-

gabe. Bei der Bewältigung der Krise war es kurzfristig das Hauptanliegen, den Kreditzufluss an die Wirtschaft zu gewährleisten, um einem Investitionsrückgang und der damit verbundenen Zunahme der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Voraussetzung dafür ist die Wiederherstellung des Vertrauens in die Märkte durch eine Einigung des Europäischen Rates über eine gemeinsame Vorgehensweise zur Behandlung der toxischen Wertpapiere.

Es war erfreulich, dass die Mitgliedstaaten der Versuchung einer Marktabschottung widerstanden haben. Denn Arbeitsplätze werden nicht durch die Errichtung von Hemmnissen gegen den ausländischen Wettbewerb gesichert. Nicht Marktabschottung, nicht Protektionismus, sondern offene Märkte innerhalb der Europäischen Union und weltweit werden den Unternehmen aus der Krise helfen. Ein funktionierender europäischer Binnenmarkt ist und bleibt die Voraussetzung für die globale Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union!

Nicht erst seit der Finanzkrise, die sich zu einer Wirtschaftskrise ausgeweitet hat, sondern seit 2002 hat das Europäische Parlament wiederholt auf weitere notwendige Maßnahmen für eine verbesserte Regulierung der Finanzmärkte hingewiesen. Insbesondere wurde um zukünftige Krisen besser zu vermeiden, gefordert, dass alle Finanzinstitute und Produkte europäischen Regeln unterworfen werden. Denn bestimmte Produkte wie beispielweise *Hedgefonds* und *Derivate*, die meist außerhalb des traditionellen Bankensektors gehandelt werden, haben im sogenannten „Schattenbankensystem“ erheblich zur heutigen Krise beigetragen. Entscheidend ist, den richtigen Ordnungsrahmen für die Aufsicht der Finanzmärkte in einem einheitlichen europäischen Binnenmarkt zu schaffen. Von der Idee rein nationaler Aufsichtsstruktu-

ren muss man sich lösen – gebraucht werden europäische Lösungen. In diesem Zusammenhang nimmt das Europäische Parlament die Vorlage eines Vorschlages zur Schaffung eines „Europäischen Systemischen Risikoausschusses“, in dem auch das Europäische Zentralbanksystem eine Rolle spielen würde, mit Zustimmung zur Kenntnis. Man hofft auf baldige Fortschritte in der Neugestaltung der europäischen Regulierungs- und Aufsichtsarchitektur und wird einen maßgeblichen Beitrag dazu leisten.

### Vorbildlich rasches Handeln

Während der bisherigen Beratungen hat das Europäische Parlament zu den vorgelegten Vorschlägen rasch und verantwortungsvoll gehandelt. Noch vor Ende der Legislativperiode hat das Parlament seine Arbeit zur Einlagensicherung, zu den Ratingagenturen, zu den Eigenmitteln der Banken und zu Solvency II (Reform der Versicherungsaufsicht in Europa) abgeschlossen. Es war ein wichtiges Zeichen, dass die Europäische Union auch hier die Führung übernommen und rasch gehandelt hat: Man konnte nicht bis 2010 warten, um legislativ tätig zu werden!

Aber auch weiterhin stellt die Wirtschaftslage die Europäische Union vor große Herausforderungen. Dies verlangt nach gemeinsamen europäischen Lösungen, einer Politik der Stärke, der Verantwortlichkeit und der Stabilität.

Die Europäische Kommission hat am 26. November eine Mitteilung vorgelegt, die einen guten Rahmen bietet, um koordiniert die Wirtschaft in der Europäischen Union zu beleben und zugleich zu einem langfristigen, nachhaltigen Wohlstand beizutragen.

### Schwerpunkt Forschung und Innovation

Es ist zu begrüßen, dass die Europäische Kommission einen Schwerpunkt auf Forschung, Innovation und langfristiges

Wachstum und damit auf zukunftsfähige Investitionen setzen will, denn es ist im Sinne einer nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft, mehr in die Menschen, ihre Bildung und Weiterbildung zu investieren, um ihnen neue Chancen zu eröffnen. Investitionen in Zukunftsbereiche, vor allem in neue Umweltechnologien und alternative Energieformen, sowie in die Kommunikations- und Informationstechnologie sind Teil der Antwort. Sie bieten Wege aus der Wirtschaftskrise und sichern zugleich Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze für morgen!

Diese drängenden Strukturreformen dürfen nicht weiter aufgeschoben werden. Man muss bereit sein, über das rein Kurzfristige hinauszudenken und aus der Krise eine Chance zu machen. Es geht hier nicht um einen Ausgabenwettbewerb. Gezielte Investitionen in die wichtigsten Zukunfts- und umweltfreundlichen Technologien sind notwendig – Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union erhöhen.

Die derzeitigen Umstände sind außergewöhnlich. Zu günstige Konditionen und ein ungenügendes Regulierungsumfeld haben die Banken fast weltweit zu leichtsinnigen Krediten und riskanten Wertpapiergeschäften verführt und eine Immobilien- und Wertpapierblase entstehen lassen, die geplatzt ist. Die Finanzkrise hat das Eigenkapital vieler Banken aufgezehrt und zu allgemeinem Misstrauen zwischen den Kreditinstituten geführt.

Wer in guten Zeiten Haushaltsdisziplin durchgesetzt hat, konnte in der Krise die erarbeiteten Spielräume nutzen, um die Banken zu stabilisieren und der Wirtschaft Anreize für zukunftsweisende Investitionen zu bieten, ohne den Stabi-

litäts- und Wachstumspakt und die damit einhergehenden langfristig günstigen Finanzierungsmöglichkeiten zu gefährden. Der Konjunkturplan hat bedeutende Auswirkungen auf den Gemeinschaftshaushalt für 2009. Das Europäische Parlament hat sich als Haushaltsbehörde in den Verhandlungen bereit erklärt, mit angemessenen Mitteln auf die derzeitige Krise zu antworten. Die EVP-Fraktion war sich ihrer Verantwortung bewusst und hat ihr Bestes getan, um rasch die auf europäischer Ebene erforderlichen Beschlüsse für eine baldige Umsetzung des Kommissionspaketes zu fassen.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat auch gezeigt, dass eine dritte industrielle Revolution bereits stattfindet: Dieser umfangreiche strukturelle Wandel ist auch eine Chance. Die Bekämpfung des Klimawandels und damit die Bewahrung der Schöpfung sind gewiss eine Jahrhundertaufgabe.

Für die Europäische Union ist dies eine verantwortungsvolle Führungsaufgabe, deren Wahrnehmung ihr gleichzeitig Wege aus der Wirtschaftskrise bietet und den besten Ansatz zur nachhaltigen Sicherung der Energieversorgung darstellt.

So können die Europäer, wenn sie wollen, zugleich Wachstum, Arbeitsplätze und mehr Energieunabhängigkeit schaffen sowie den 2007 eingegangenen Klimazielen gerecht werden. Gerade auch angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen muss die Europäische Union am Reformkurs festhalten. Sie muss sich in den nächsten Monaten vor allem dafür einsetzen, dass ein umfassendes Abkommen bei der Klimakonferenz im Dezember in Kopenhagen zustande kommen kann.